

Mehr Klimaschutz und Beschäftigung! Wie geht's das eigentlich zusammen?

18. November 2019, Emden

Das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich Ebert Stiftung lud am 18. November zu der Veranstaltung „Mehr Klimaschutz und Beschäftigung! Wie geht das eigentlich zusammen?“ in Emden ein.

In seiner Begrüßungsrede ging **Urban Überschär**, Leiter des Landesbüros, auf die Aktualität des Themas ein, indem er die Enercon-Krise und ihre Auswirkungen mit Nachdruck betonte. Bei dem auch in Ostfriesland ansässigen Windkraftunternehmen sind aktuell 1500 Arbeitsplätze in der Region in Gefahr. Dies zeige deutlich, was an der Energiewende gerade falsch laufe. In konventionellen Arbeitsbereichen brächen Arbeitsplätze weg, in anderen würden dagegen möglicherweise neue entstehen.



Urban Überschär



Johann Saathoff

Darauf erhielt der Bundestagsabgeordnete und energiepolitische Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion, **Johann Saathoff** MdB das Wort. Er beschrieb zuerst, dass die Große Koalition aktuell 64 Gesetze für das Klimaschutzgesetz ändern müsse, wodurch man zum ersten Mal Verbindlichkeit in den Klimaplänen habe. Der CO₂-Preis sei zwar einerseits zu niedrig, um die Klimaschutzziele 2030 oder 2050 zu erreichen, allerdings sei damit ein erster Einstieg in mehr Klimaschutz gefunden worden, den es ohne die SPD so auch nicht gegeben hätte: „Wer glaubt, dass man an einem Abend im Kanzleramt die Welt retten kann, weiß nicht wie Politik funktioniert.“ Im Bereich der Windenergie kritisierte Saathoff die Union. Einige Akteure seien offensichtlich der

Meinung, dass man nur durch Abstandsregelungen zu Windrädern Akzeptanz bei der Bevölkerung erreichen könne. Gleichzeitig gäbe es solche Abstandsregelungen zu Atomkraftwerken nicht. Gerade im Zuge des „Enercon-Bebens“ sei es wichtig, im Bereich Klimaschutz und Beschäftigung mehr PS auf die Straße zu bekommen.



Markus Hoch

Anschließend stellte **Markus Hoch**, Projektleiter der Prognos-AG die Studie „Jobwende – Effekte der Energiewende auf Arbeit und Beschäftigung“ vor. Die Energiewende habe seit 2005 70.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Demzufolge seien Klimaschutzmaßnahmen nicht negativ für die Beschäftigungsentwicklung. Durch den demographischen Wandel würden, unabhängig von der Energiewende, aber auch Jobs verloren gehen. Bis 2050 würden mehr Menschen in der Energiewirtschaft arbeiten als im Automobilsektor. Niedersachsen sei bei der Windenergie ein Vorreiter. Es sei zusätzlich notwendig diesen stattfindenden Strukturwandel sozial abzufedern. Insgesamt kam Markus Hoch zu dem

Schluss: Es müsse nicht heißen Klimaschutz oder Arbeitsplätze, sondern beides sei miteinander vereinbar.

Nach der Vorstellung der Studie leitete **Cosima Schmitt**, Journalistin und ZEIT-Autorin, die Podiumsdiskussion ein. Daran nahmen Johann Saathoff MdB, Markus Hoch und **Michael Hehemann**, Geschäftsführer der IG Metall Emden, teil. Auf die Frage, wie die Energiewende in den Gewerkschaften wahrgenommen werde, antwortete Hehemann, dass Klimaschutzmaßnahmen und



v.l. Johann Saathoff, Michael Hehemann, Markus Hoch

Beschäftigung kein Widerspruch seien. Er selbst sei von den Ergebnissen der Studie etwas überrascht, dass die Beschäftigung zukünftig mit oder ohne Energiewende gleich hoch sein werde. Insgesamt sollen nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern auch gute Arbeit entstehen.

Markus Hoch stellte fest, dass auch Menschen ohne berufliche Qualifikation mehr Jobs haben werden, da durch den demographischen Wandel das Arbeitskräftepotenzial sinke.

Für Saathoff ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien an die Grenzen des Machbaren angekommen. Die Bürger_innen sollten nicht nur an der Stromrechnung, sondern auch an den Gewinnen der Windkraft beteiligt werden. Im Falle der Enercon-Krise seien alle verantwortlich,

also auch Gemeindeplaner, Bürgerinitiativen, die Landesebene, der Bund und natürlich auch Enercon selbst.

Auf die Publikumsfrage zu E-Mobilität stellten die Diskussionsteilnehmer fest, dass diese nicht die alleinige Lösung sein kann und es darauf ankäme, wo Batterien hergestellt werden und welcher Strom beispielsweise für E-Autos genutzt werde.

Zum Schluss stellte Cosima Schmitt die Frage, wie mehr Klimaschutz und Beschäftigung zukünftig möglich sein könnten. Hoch verwies auf die Studie und betonte, dass beides miteinander zu vereinbaren sei, wenn gewisse Maßnahmen wie z.B. der Netzausbau politisch durchgesetzt würden. Dem schloss sich Hehemann an. Die Energiewende dürfe kein marktwirtschaftlich getriebener Prozess sein, sondern müsse politisch getragen werden. Neue Arbeit müsse tariflich abgesichert sein. Saathoff kam zu dem Schluss, dass für die Klimaziele 2030 neue Rahmenbedingungen für Windenergie und Offshore geschaffen werden müssten.